

**AUGSBURG.** Das Abonnement, welches je vierjährl. u. halbjährl. angehommen wird, beträgt nach der letzten Postconvention bei allen Postämtern Deutschlands u. Oesterreichs vierjährl. 4 E. 47 kr. rdm. & 50. CM. = 2 Thlr. 22 Schr.; in Bayern bleibt der bisherige Preis; für Frankreich abonniren man in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris hat denselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth u. bei der deutschen Buchhandlung von Klinck sieck Nr. 14, rue de Lille, oder bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Wil-

# Allgemeine Zeitung.

## Dienstag

Mr. 188.

7 Julius 1857.

## Üebersicht.

**Deutschland.** München (die Concurrenz für das Theater); Wiesbaden (das Einnahmebudget erledigt); Berlin (Erweiterung der Besitznisse des evangelischen Oberkirchenrats); Aus Preußen (S. Leo gegen die „Evangelische Allianz“); Magdeburg (ein Kunststück gescheitert); Salzburg (Gefest A. Schmid f. Bildbogen); Wien (die französischen Seevertehrspläne und der Lloyd). Central-Inspectoren im l. l. Finanzministerium).

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen. Augenblickliche Finanzlage in Indien. Die Bill über den Verlauf unzüglicher Schriften und Darstellungen. Beschränkte Verbindung mit Irland. Einwanderung nach Westindien. Culi-Einfuhr in Mauritius und Victoria. Befestigung von Dover. Störung des Geschäfts in Indien. Weiterer Gang des Vergütungsprocesses in Edinburgh.

**Frankreich.** Der Kampf gegen die Robylen. Straßburg (Bell-reformen. Eisenbahnbetrieb und Verkehr). Großfürstin Helene).

**Italien.** Turin (die Vergänge bei Salerno und in Piemont); Bon der savoyischen Gräze (Haltung der sardinischen Presse den Genueser Vergängen gegenüber); Besteigung des Montblanc; Florenz (Theimers Funde im hiesigen Archiv. Lamberti).

**Rusland und Polen.** St. Petersburg (vom Hof. Diplomatico-  
sches. Officestoffe. Vom Kaufhaus).

**Griechenland.** Athen (die bevorstehende Abreise der Königin; Sommeraufenthalt des Königs Otto. Amtsschleierei der Senatoren und Deputirten. Feuerversicherungsgesellschaft. Abnorme Witterung und getrübte Ernte Aussichten).

**Türkei.** Konstantinopel (der Großherr zuflüdt. Hr. Blende und Riga Bch.). Die Vorbereitungen zum großen Hochzeitfest. Neue Hoffnungen auf Errichtung einer Basil. Abnorme Witterung. Raubansätze auf die Post in Salonic. Die Messageres Imperiales; Pera (das bevorstehende Hochzeitfest der Kaiserl. Prinzessinnen). Die Seefahrt des Sultans. Noch ein Marentenegriner ermordet).

**Niederländisch-Indien.** Batavia (Erste Aussichten. Erdstöße. Ausbruch eines Vulcans).

**Ver. Staaten von Nordamerika.** New-York (Walters  
gläubiger Triumphzug). Die Vernichtung der in Sonora eingefallenen  
Abenteurer durch die Mexicaner bestätigt. Beschlüsse der von der Freistaat-  
partei in Kansas gewählten Gesetzgebung. Einfluss der deutschen Sängersfeste).

**Neueste Posten.** Frankfurt (Dänemark und die Herzogthümer. Unterstüzung der entlassenen schleswig-holsteinischen Beamten); München (Frau Herzogin Max in Bayern. Ministerialrat Dr. F. v. Schmid †; Weimar (die Frau Herzogin v. Orleans abgereist); St. Petersburg (Fürst Ischewskow †).

## Telegraphischer Bericht.

\* **Paris**, 7 Jul., früh 5 Uhr 49 M. (Angelkommen in Augsburg um 8 Uhr 40 M.) Cavaignac, Darimen, Ollivier sind gewählt. Cavaignac erhält 10,959, Thibaud 9952, Olivier 11,005, Varin 10,006, Darimen 12,078, Lanquetin 11,038 Stimmen. — **Madrid**, 6 Jul. Das provvisorische Preßgesetz ist votirt.

## **Deutschland.**

Bayern. \* **München**, 4 Julius. Mit diesem Monat läuft der Termin ab welcher von dem König Max zur Einfeierung für Dramen, Tragödien und Lustspiele eröffnet wurde, deren gelungenste ihm durch eine Commission zur Aufführung präsentirt werden sollen, um mit Rücksicht auf die Bühnenvertheilung gekrönt zu werden. Bereits ist auch bei dem Capitel des Maximilianordens, welches die Concurrentie in Empfang zu nehmen hat, eine namhafte Anzahl von Dramen eingelaufen. Noch wartet man darauf daß die Namen der Preisträchter offiziell bekannt gemacht werden. Dem Vernehmen nach sind zu diesem Amt Bodenstedt, Corriere, Geibel und Schad bestimmt, und war auch Dingelstedt vom König designirt, bei dem es aber fraglich scheint ob die inzwischen angenommene Stelle in Weimar ihm eine active Theilnahme hier am Drite gestatten wird.

H. Nassau. \* **Wiesbaden**, 3 Jul. Die vereinigte Ständeversammlung hat im Laufe dieser Woche in drei Sitzungen das Einnahmebudget für 1857 zur Erledigung gebracht. Dasselbe stellt eine Totalsumme von 3,474,989 fl. §. 34 fl. auf, nämlich 1) Domänengefälle (unter anderem Badeanstalten 120,000 fl., Mainz 62,742 fl. 46 kr., Mineralwasser Debit 90,000 fl. : 1,644,268 fl. ; 2) Steuergefälle (direkte Steuern im Simplum: 278,500 fl., Stempelgelder 224,000 fl., Salzmonepol 220,000 fl. u. s. w.)

**lliams & Norgate.**, 15 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei dem k. preuss. Postamt in Köln oder Westermann & Comp. in New-York, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bresca, Innsbruck, Neapel u. Sicilien bei Buchhändler Albert Detken in Neapel, für Griechenland und Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest, Insolater einer Art wendbar aufgenommen u. der Raum einer dreispal. Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

1,105,621 fl. 34 kr.; 3) Zoll- und Branntweinsteuergefälle 725,000 fl. In der Dienstagsitzung gab die Verlesung des Protocols über die Verhandlungen wegen des Budgets der Lehranstalten Veranlassung zu einer kurzen Debatte zwischen dem Abg. geistlichen Rath Rau und dem Regierungskommissär Fürnhaber. Ersterer reclamirte wegen Auslassung einer Erklärung des Regierungskommissärs, laut welcher der von diesem gelegentlich der Erwähnung der evangelischen Lehrerstelle in Wallmerod gebrauchte Ausdruck „Verleumdung“ nicht auf ein Kammermitglied, sondern auf umlaufende Gerüchte und Zeitungsartikel zu beziehen seyn sollte. Abg. Rau bemerkte unter andern: auch er könne von Zeitungsartikeln sprechen; so habe er einen Artikel in der „Allg. Zeit.“ gesehen, worin gesagt sey, das Mitglied des bischöflichen Ordinariats habe die Debatte mit allzu großer Hitze geführt, die Regierung habe alle gegen sie erhobenen Vorwürfe siegreich widerlegt, sey sogar von einem katholischen Kammermitglied unterstüzt worden u. s. w. Was in Zeitungsberichten von ihm gesagt werde könne ihm gleichgültig seyn, jene Erklärung des Regierungskommissärs wegen des Ausdrucks „Verleumdung“ aber gehöre in das Protocoll. (Neben die von dem Abg. Rau angezeigte Entgegnung auf unsern Bericht in der „Allg. Zeit.“ ließe sich verschiefenes beweisen; statt dessen aber findet Ihr Berichterstatter die Beleidigung hinreichend daß seine Referate trotz des ministeriellen Widerspruchs wahrscheinlich und vollkommen objectiv gehalten sind.) Regierungskommissär Fürnhaber erwiedert: jene Auslassung im Sitzungsprotocoll sei mit Zustimmung des Secretariats geschehen. In Betreff von Zeitungsartikeln wolle er nun einen von der Zeitung „Deutschland“ gebrachten Bericht über jene Sitzung erwähnen. In demselben würden dem damaligen Unterrichtsreferenten die unbegründtesten und ungerechtesten Vorwürfe gemacht. Abg. Rau stellt die Autorschaft dieses Artikels, sowie jede directe oder indirecte Mitwirkung bei Abschaffung desselben, entschieden in Abrede. Präsident v. Zwierlein will diese Debatte abgebrochen wissen, und verfügt die nachträgliche Aufnahme der erwähnten Erklärung in das Sitzungsprotocoll. Abg. Präf. Möller schlägt vor: den ganzen die Parität betreffenden Passus aus dem Protocoll wegzulassen, welches Verlangen vom Abg. Rau für durchaus unstatthaft erachtet. In der Nachmittagssitzung stellen die Abgs. Knapp, Mohr, Kraus, Rau, Eigner u. a. eine die versprochene Vorlage wegen der Lehrergehalte betreffende Interpellation an die Regierung; welche diese Vorlage nicht alsbald gemacht werden, so wollen sich die Interpellanten einen selbständigen Antrag vorbehalten. Regierungskommissär Fürnhaber erkennt sich die Interpellation fälschlich und verprüft Beantwortung derselben. Regierungskommissär v. Semtskof erlässt in Beantwortung einer Innahme vom Abg.

Höchst gestellte Interpellation: die Regierung siehe mit der „Nassauischen Zeitung“ nicht in der geringsten Verbindung. Die einzelnen Positionen des Ausschusserichts veranlassen verschiedene Aeußerungen und Bemerkungen in Betreff der von der Domänenverwaltung bei Verpachtung von Gütercomplexen befolgten Grundsätze, wegen Ablösung der Erbleite und des Mühlenbaurechts, Besteigerung der in den Domänenweinbergen erzielten Erzeugniss, Anlegung von Braunkohleminen in den Umländern an der Lahn und auf dem Westerwald, Einführung der künstlichen Fischzucht u. s. w. In der Mittwochssitzung wünscht Abg. Siebert eine geringere Besteuerung der niedrigen Gewerbe; gelegentlich der Position: Brücken- und Chausseegeld hatte der Ausdruck der Regierung die Untersuchung empfohlen, ob die in Folge der durch Ministerialresolution vom 5 Jan. 1856 eingetretene provisorische Aufhebung des Brückengeldes entstandene Mehrausgabe von 5748 fl. 56 kr. sich nicht dadurch beseitigen lasse daß die Entschädigung für aufgehobenes Pfastergeld da füllt werde, wo jetzt der Staat aus öffentlichen Mitteln das Pfaster an den durch die Städte ziehenden Chausseestrecken unterhalte. Abg. Knau spricht für diesen Antrag, Regierungskommissär v. Hemelskér und Abg. Siebert dagegen; Abg. Knapp will die Aufhebung des Brückengeldes, Abg. Höchst tritt ihm mit der Bemerkung entgegen daß Städte wie Limburg, Diez u. a. ihre Brücken selbst gebaut und unterhalten hätten. Zu der Position: Wasserlaufzinsen hatte der Ausschuss wiederholt beantragt, herzogliche Regierung wolle die Verordnung vom 24 April 1855, beziehungsweise einen Gesetzentwurf über Wasserlaufabgaben nach der Vorführth der Verfassung den Ständekammern zur Prüfung vorlegen. Regierungskommissär v. Hemelskér spricht bei der ersten Tag.